ANTIBERLINER

Jubiläumsausgabe für den Frieden // Nr. 10 // Februar/März 2007

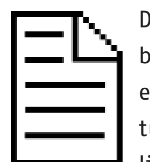
2 Aufgerüstet. Der Repressionsapparat wird ausgebaut. Geheimdienste mit so viel Macht wie nie

4 Aufgeklärt. Was ist neu an »Neuen Kriegen«? Eine Begriffserklärung soll Einblicke geben

6 Ausgeplündert. Wem hat der Balkankrieg genutzt? Wer trägt die Verantwortung?



In eigener Sache



Der Antiberliner ist eine Zeitung für linke Politik und Kultur, die alle zwei bis drei Monate erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Oft werden wir verständnislos nach unserem Namen gefragt und was wir denn gegen die Berliner hätten. Dabei leben wir sogar sehr gern in Berlin. Ihren Namen hat die Zeitung vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel für anständige Berliner also ...

Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Krieg nach Innen

Der Repressionsapparat wird unvermindert ausgebaut. Mit atemberaubender Geschwindigkeit setzt die große Koalition aus CDU/CSU und SPD den Abbau von Bürgerrechten fort, den die rot/grüne Vorgängerregierung vor allem nach dem 11. September 2001 betrieben hat

Ziel ist die Totalüberwachung der Gesellschaft. Unter dem Vorwand der »Terrorismusbekämpfung« werden immer neue Methoden ersonnen, um das Privatleben jedes einzelnen zu durchschnüffeln. Zugleich schärft der Staat damit seine Instrumentarien, um jede kritische Opposition mundtot zu machen.

Alles ist erlaubt

Am 14. Dezember 2005 musste Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) als Zeuge vor dem BND-Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Entführungsfall el Masri aussagen. Der deutsche Staatsangehörige Khaled el Masri war 2004 von der CIA für fünf Monate nach Afghanistan verschleppt worden, bis ihn die Amerikaner mit der Bemerkung, man habe sich in der Person geirrt, endlich freiließen. Verschleppung ist ein Verbrechen. Einen öffentlichen Protest der Bundesregierung, insbesondere des damaligen Außenministers Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), an die Adresse der Bush-Administration gab es nicht.

Steinmeier hatte seinerzeit als Chef des Kanzleramts die Verantwortung für die Geheimdienste. Vor dem Untersuchungsausschuss hielt er einen langen Monolog über die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit von Geheimdiensten. Dass die Verschleppung ein Verbrechen der CIA war, kam dem Minister nicht über die Lippen. Stattdessen breitete Steinmeier ein Schreckensszenario aus, man habe damit rechnen müssen, dass Terroristen mit biologischen Waffen wie Milzbranderregern die BRD vergiften würden. Das sollte im Klartext heißen: angesichts einer solchen Bedrohung seien alle staatlichen Mittel erlaubt.



Billy the kid is back in town

Das Totschlagargument »Terrorismusabwehr« wurde auch strapaziert, nachdem es im Sommer 2006 zwei Anschlagsversuche mit »Kofferbomben« auf Regionalzüge in Westdeutschland gegeben hat. Sofort forderten die Innenpolitiker der Regierungsparteien die flächendeckende Videoüberwachung, obwohl die bereits existierenden Videokameras auf den Bahnhöfen in keiner Weise dazu beigetragen hatten, die Anschläge zu verhindern.

Die »Kofferbomben« mussten auch als Argument herhalten, um nun rasch die »zentrale Anti-Terrordatei« durchzusetzen. 39 verschiedene Behörden des Repressionsapparates wie Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Länderpolizei werfen ihre Informationen über Verdächtige künftig in einen Topf, zu dem alle diese Stellen dann jederzeit Zugang haben. Die durch das Grundgesetz vorgeschriebene Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird dadurch ausgehebelt. In die Datei kommt man auch als »Kontaktperson« eines Verdächtigen, und sie richtet sich nicht nur – wie der Name irreführend suggeriert - gegen »Terrorverdächtige«, sondern auch gegen politischen »Extremismus«. Zur Wehr setzen kann man sich dagegen so gut wie gar nicht.

Bürgerrechte im Off

Das Monstrum »Zentraldatei« wurde trotz vernichtender Kritik, die viele Sachverständige in einem Hearing des Bundestags geübt hatten, durchs Parlament gepeitscht. Gleichzeitig verlängert die große Koalition die so genannten »Otto-Kataloge«, die vom früheren Innenminister Otto Schily (SPD) nach dem 11.9.2001 im Eilverfahren eingeführten »Terrorismusbekämpfungsgesetze«. Damit war den Geheimdiensten der BRD so viel Macht wie nie zuvor zugestanden worden. Eine Evaluierung, wie sich das auf die Bürgerrechte ausgewirkt hat, gab es nicht. Obwohl gerade der BND in den letzten Jahren einen Skandal nach dem anderen lieferte – beispielsweise die rechtswidrige Bespitzelung von kritischen Journalisten –, bekam der Auslandsnachrichtendienst »zur Belohnung« von der großen Koalition sogar neue Befugnisse im Inland.

Bundesinnenminister Wolfgang



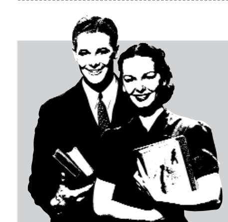
Wieder zu spät! Überwachung hilft nicht gegen Kriminalität

Schäuble (CDU) hatte damit immer noch nicht genug. Am zuständigen Innenausschuss vorbei installierte er ein neues »Sicherheitspaket« im Umfang von 132 Millionen Euro. Damit will Schäuble neue Überwachungstechniken anschaffen, damit das Bundeskriminalamt online private Personalcomputer durchschnüffeln kann. »Die heimlichen Aktionen der Sicherheitsbehörden beginnen unheimlich zu werden«, kommentierte Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 18. Dezember 2006. Polizisten hacken sich künftig heimlich in private PCs ein, lesen den e-mail-Verkehr und alle gespeicherten Dateien mit und erfahren, welche Seiten man im Internet besucht hat. Das ist der größte Angriff auf die Privatsphäre seit der Einführung des großen Lauschangriffs. Eine Rechtsgrundlage dafür gibt es nicht, aber das kümmert den Innenminister einen Dreck.

Ebenso unbekümmert setzte sich die Münchner Staatsanwaltschaft im Entführungsfall el Masri über Grundrechte hinweg. Als el Masris Anwalt Manfred Gnidjic Anzeige gegen Unbekannt erstattet hat, ließ die Staatsanwaltschaft ausgerechnet sein Telefon monatelang abhören – ein skandalöses Vorgehen! Der Anwalt eines Verbrechensopfers wurde ohne sein Einverständnis abgehört, auch bei Gesprächen mit Journalisten. Anwalts- und Redaktionsgeheimnis sind offenbar in der BRD nichts mehr wert.

Aber auch beim Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz gehen die Maßstäbe verloren. Heinz Fromm, der oberste Verfassungsschützer, entwickelt sich selbst zu einer Gefahr für die Verfassung. In der Bild am Sonntag vom 5. Dezember 2006 relativierte Fromm das Folterverbot. Zur »Gefahrenabwehr« dürfe man Informationen verwenden, die durch Folter erlangt seien. Fromm billigt damit indirekt die Folter. Bisher galt sogar im Abkommen über Europol ein klares Verbot, Folterinformationen zu speichern. Auch aus dem Grundgesetz ergibt sich klar, dass das Folterverbot absolut gilt.

All das ist ein Anschlag auf den Rechtsstaat durch die Repräsentanten des Staates. Terrorismushysterie wird genutzt, um Grundrechte aufzuheben. *Ulla Jelpke*



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Medieval reloaded«

Am 30. Dezember des vergangenen Jahres waren überall auf der Welt Bilder von der Hinrichtung Saddam Husseins zu sehen. Das Leben des Ex-Diktators, der zweifelsohne für unzählige Morde, zwei Kriege und Folter verantwortlich war, wurde nun selbst gewaltsam beendet.

Ohne Frage sollte mit diesem Mord ein Zeichen gesetzt werden, es fragt sich nur welches. Sollte die Hinrichtung etwa demonstrieren, dass Verstöße gegen die Menschenrechte nicht toleriert werden? Wohl kaum, denn abgesehen von der eindeutigen Unversöhnlichkeit, mit der die Todesstrafe dem unveräußerlichen Recht auf Leben gegenübersteht, stellte sich besonders die Inszenierung als Akt der Barbarei dar. In den letzten Sekunden seines Lebens musste Saddam Hussein die Schmähungen einiger Zuschauer über sich ergehen lassen. Zudem kursierten schon kurze Zeit später die ersten Videos vom Todeskampf im Internet. Sie erinnern an Snuff-Videos und die Horror-Propaganda fanatisch-religiöser Gruppen, die doch angeblich so charakteristisch für »den Terror« sein soll.

Während Angela Merkel dabei noch Respekt für die irakische Regierung empfand, obwohl sie doch generell gegen die Todesstrafe sei, war dies alles für George W. Bush ein »Meilenstein auf dem Weg zu einem demokratischen Irak«. Dem soll hier nicht wiedersprochen werden, denn das Hinrichtungs-Spektakel passt zum Demokratieverständnis derer, die in Abu-Ghraib foltern und in »friedlicher Mission« afghanische Leichen schänden.

Kriegsgegner Ali



Nachdem sich Mohamed Ali zunächst in seinem Freundeskreis gegen den Vietnamkrieg stark gemacht hatte, erhielt er unbefristetes Hausverbot für Disneyland. Denn Disney unterstützte den Krieg in jeder Hinsicht. Als Ali öffentlich seine Gegnerschaft zum Vietnamkrieg zeigte, indem er den Militärdienst verweigerte, verlor der Preisboxer für drei Jahre seine Boxlizenz.

Antifaschist in Haft

Seit über einem Monat sitzt der Berliner Antifa Matthias Z. in Untersuchungshaft. Er wird beschuldigt, an einer Auseinandersetzung mit zwei Lichtenberger Neonazis im November 2006 beteiligt gewesen zu sein. Es gibt zwar keine Beweise, nur die Aussagen der verletzten Nazis, die ihn trotz Vermummung erkannt haben wollen als sie von hinten angegriffen wurden. Doch der Richter entschied den Antifa einzusperren. In einem solchen Fall müsse präventiv Haft verordnet werden hieß es.

◆ Spendenkonto: Rote Hilfe Berlin, Kto: 7189590600, Bankleitzahl: 10020000, Stichwort: 12.12.2006

SCHWERPUNKT

Kleine Einführung in das Wesen »Neuer Kriege«

War Krieg in den letzten Jahren das Thema im öffentlichen Diskurs, dann wurde meist auf dessen Neuartigkeit verwiesen. In etwa seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, spätestens jedoch mit dem anschließend ausgerufenen »Krieg gegen den internationalen Terrorismus« tauchte immer wieder der Begriff »Neue Kriege« auf. Worum es dabei geht und was das Problem an der dahinter stehenden Idee ist, soll eine kleine Einführung zum Thema klären

Was ist gemeint, wenn in Zeitungen von »Neuen Kriegen« die Rede ist:

Der Begriff der »Neuen Kriege« ist in Deutschland v. a. von Herfried Münkler geprägt worden. Der Berliner Politikwissenschaftler behauptet, dass Kriege seit dem Westfälischen Frieden 1648 in erster Linie zwischen Staaten geführt und dadurch begrenzt und geregelt worden seien. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs sei diese Art von Krieg durch irreguläre Konflikte verdrängt worden, in denen Rebellen oder Terroristen eine zunehmend wichtigere Rolle spielten. Dadurch, so Münkler, sei es zu einer Enthegung des Krieges gekommen, denn Partisanen und Terroristen hielten sich nicht an internationale Kriegskonventionen.

Zusammengefasst zeichnen sich die »Neuen Kriege« angeblich dadurch aus, dass sie entstaatlicht sind, von ungleichen Parteien (staatlichen Armeen auf der einen und kleinen bewaffneten Gruppen auf der anderen Seite) ausgetragen werden und dass in ihnen die Kriegsökonomie eine zentrale Rolle spielt (der Krieg stellt für die bewaffneten Akteure eine Einkommensquelle dar).

Der Begriff scheint v. a. dazu zu dienen, die Politik der G-8-Staaten zu rechtfertigen.

Warum legitimiert Herfried Münkler mit seinen Kriegsthesen Herrschaftsverhältnisse:

Die Argumentation Münklers – die mit der westlicher Regierungen, internationaler Hilfsorganisationen und dem Medien-Mainstream weitgehend identisch ist – läuft darauf hinaus, dass die »Neuen Kriege« das Ergebnis von Staatszerfall in der instabilen Dritten Welt sind. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssen Staaten gestärkt werden, die für Ordnung sorgen können. Die einzigen, die das können, sind die G-8-Staaten.

Das ist von vorn bis hinten ziemlicher Quatsch. Wenn wir uns die europäische Geschichte anschauen, waren es nicht irgendwelche Terroristen, die die Zivilbevölkerung erstmalig als Kriegsziel auserkoren haben und damit Kriegskonventionen und Regeln gebrochen haben, wie Münkler behauptet, sondern staatliche Armeen. Bei der Niederschlagung der Pariser Kommune (1870/71) oder des Herero-Aufstandes im heutigen Namibia (1904-07; damals deutsche Kolonie) haben die deutschen Truppen systematisch Zivilisten angegriffen. Im zweiten Weltkrieg hat die Wehrmacht dieses Vorgehen radikalisiert und einen großen Krieg gegen die Zivilbevölkerung Osteuropas und das europäische Judentum geführt.

Außerdem ist es auch Blödsinn, die wirtschaftlichen Interessen von Kriminellen so sehr hervorzuheben. Aus welchen Gründen unterstützt die US-Rüstungslobby um Vizepräsident Dick Cheney wohl den Irak-Krieg, wenn nicht aus wirtschaftlichen Gründen? Die Motive dieser Leute unterscheiden sich nicht von denen krimineller Banden.

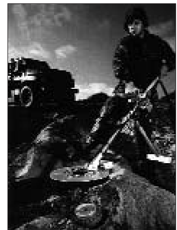
Und eine Farce ist schließlich auch, wenn »Warlords« und »Terroristen« in der Dritten Welt als die bad guys herhalten müssen. Warum reden wir nicht besser über die »Sicherheitsunternehmen«, die im Auftrag der US-Regierung im Irak sind und ihre Geschäftssitze in den großen europäischen und US-amerikanischen Städten haben?



Den »Neuen KriegeRn« fehlt es an nichts

Unterscheidet sich der Irak-Krieg von früheren Kriegen:

Neu ist sicherlich, dass die USA keinen eindeutigen Gegner mehr haben. In Vietnam kämpfte die US-Armee gegen den Vietcong; im Irak




gegen eine Vielzahl untereinander verfeindeter Gruppen. Das bedeutet umgekehrt allerdings auch, dass es – anders als in Vietnam – keine Kriegspartei gibt, mit der man sympathisieren könnte. Wer diesen Konflikt auch gewinnt, für die betroffene Bevölkerung ist alles eine Katastrophe.

Außerdem ist auch neu, dass die USA und Großbritannien einen Teil des Kriegs entstaatlicht haben. »Private Sicherheitsdienstleister«, früher hätte man Söldner gesagt, stellen ein großes Kontingent, angeblich 15 Prozent der Besatzungstruppen. Sie sind niemandem politisch unterstellt und bewegen sich in einem rechtsfreien Raum – mit Unterstützung und auf Veranlassung der mächtigsten Staaten der Welt.



»Dann macht es bumm, ja und dann kracht´s«

Was sind die »asymmetrischen Gefahren«, denen die Bundeswehr im Libanon ausgesetzt ist:
Damit ist etwas Ähnliches gemeint wie mit dem Schlagwort »Neue Kriege«: Die Staatsmacht hat es nicht mit einer feindlichen Armee, sondern mit kleinen, schwer zu fassenden bewaffneten Gruppen zu tun, die Bomben gegen zivile Ziele legen und ihre Aktionen medial in Szene setzen.

Auch die Rede von der »Asymmetrie des Kriegs« ist eine eigenartige Verdrehung der Verhältnisse. An Bombenanschlägen wie New York, London oder Madrid ist sicher nichts sympathisch. Aber die eigentliche Asymmetrie besteht ja darin, dass Macht und Reichtum immer extremer konzentriert sind. Die führenden Staaten haben Jugoslawien oder den Irak zerbomben können, ohne ein einziges Flugzeug zu verlieren.

Auch der Hinweis, dass der Terrorismus seine Gewalt politisch und medial inszeniert, ist heuchlerisch. Die Bombardierung von jugoslawischen Städten durch die NATO ist ebenfalls eine systematisch einschüchternde und inszenierte Gewalt. Auch sie soll Angst und Schrecken hervorrufen und damit Widerstand brechen.

Der Terror ist dem Krieg eingeschrieben. Jede militärische Handlung trägt terroristische Züge.

Wie wird der Krieg der Zukunft aussehen:

Krieg hat natürlich immer schon mit der Entgrenzung von Gewalt zu tun. Trotzdem haben wir es heute mit einer extremen Entwicklung zu tun. Das Gefährlichste sind dabei nicht die Bombenanschläge der letzten Jahre. Das größte Problem ist, dass sich Krieg, Ausnahmezustand und Polizeieinsatz miteinander verbinden. Das Internierungslager in Guantanamo oder die Verschleppung von Menschen durch Polizei- und Geheimdienste (mittlerweile ist bekannt, dass das BKA die Entführungen der CIA mit vorbereitet hat) sind die sichtbarsten Zeichen dafür.

Der War on Terror beinhaltet all das, was dem Terrorismus an Eigenschaften zuschrieben wird: Er ist zeitlich und räumlich unbegrenzt, die Gewaltanwendung ist entregelt, wird als Kriegshandlung durchgeführt, der Krieg aber nicht erklärt. Außen- und Innenpolitik werden vermengt, Militärs im Inneren eingesetzt, äußerer Feind und innerer Gegner ununterscheidbar, im Rechtswesen eine Art »Feindstrafrecht« etabliert: Wer die bürgerliche Ordnung angreift, so die Argumentation, muss nicht mit Mitteln der bürgerlichen Rechtsordnung bekämpft werden. Der Betreffende wird als Feind behandelt, wird aber gleichzeitig, wie die nach Guantanamo Verschleppten, nicht als Kriegsgefangener behandelt – denn dann wäre er wieder durch Regeln geschützt.

Was die Sicherheitspolitiker heute vorantreiben, ist eine Verbindung von Polizeioperation und Krieg, in der Rechtsgarantien und Grenzen aufgehoben sind. Dieser Ausnahmezustand wird aber nicht allgemein angewandt. Die weiße Mehrheitsbevölkerung, auch die Linke, bekommt ihn kaum zu spüren. Es ist ein Ausnahmezustand, der sehr ausdifferenziert ist: Für unterschiedliche Gruppen und Personen gelten unterschiedlich viel Rechte.

Und: Das Ganze wird mit Argumenten aus dem Mittelalter legitimiert. Im Unterschied zum »Kommunismus« ist der »Terrorismus« kein politischer Gegner, sondern eine »Menschheitsgeißel«. Der Krieg gegen ihn ist »gerecht« – so wie früher die Kriege der Christenheit.

Raul Zelik

Nationalistische Plünderung

Neue Kriege in der Praxis. Entgrenzung der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien.



Würden Sie dies gerne in Händen ihrer lokalen Hooligangruppe sehen?

Ein »Kampf der Zivilisationen« und »ethnische Konflikte« sollen es gewesen sein, die in den 90er Jahren zum Krieg in Jugoslawien geführt haben. Diese Sichtweise ist bis heute weit verbreitet. Sie wird vor allem propagiert von Politikern, die selbst ethnische Politik verfolgen. So argumentierte der ehemalige Bundeswehrgeneral, Berliner Innensenator und jetzige Brandenburger CDU-Führer, Jörg Schönbohm 1998, nach Kreuzberg dürften keine Einwanderer mehr ziehen. Sonst drohe dort ein »Kampf der Kulturen«, der zu Zuständen wie auf dem Balkan führen könne. Als Gegengift empfahl er die »deutsche Leitkultur«.

Nationaler Populismus

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings etwas ganz anderes. Nicht die ethnische Vielfalt war der Grund für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens, sondern höchstens der Nationalismus von Machtpolitikern, die in mancher Hinsicht dem Typus Schönbohm gleichen. Durchsetzen konnten sie sich in den späten 80er Jahren in einer Situation der tiefen Wirtschaftskrise, des verkrusteten Autoritarismus des Machtgefüges und nicht zuletzt des Endes des Kalten Krieges, das die politische Ordnung in ganz Europa erschütterte. Unterstützt wurden die Nationalisten dabei ganz wesentlich von ihren internationalen Glaubensbrüdern, die sich in Jugoslawien jeweils eine Lieblingsnation heraussuchten, die sie finanziell und militärisch mobil machten. Unvergessen ist dabei die Rolle der deutschen Konservativen, welche 1990/91 recht unverblümt zur Bewaffnung kroatischer Extremisten aufriefen.

In Jugoslawien selbst führten die Nationalisten dabei zunächst einen Krieg gegen die jeweils eigene Bevölkerung. Gewalt wurde zuerst gegen die »Verräter« in der jeweils eigenen nationalen Gruppe ausgeübt. Dieses Kapitel der Kriege wird heute meist unterschlagen. Wer weiß von den etwa 100.000 Deserteuren, die allein in Belgrad den Wehrdienst verweigerten und oft ins Ausland fliehen mussten? Wer weiß von der multiethnischen Bergarbeitermiliz, die im bosnischen Tuzla ihre Stadt verteidigte? Wer kennt die Kosovo-Albaner, die in den Geheimgefängnissen der UCK ermordet wurden? Erst mit der Ausschaltung des Widerstandes konnten »ethnische Säuberungen« und Massaker beginnen, die über 100.000 Menschen das Leben kosteten und Millionen zu Flüchtlingen machten.

Kriegshelden

Instrumentell für den Erfolg der Nationalisten war dabei die Mobilisierung paramilitärischer Gruppen. Rekrutiert aus der Hooliganszene der Fußballklubs und der Mafia, verstärkt durch ausländische Söldner und ausgerüstet durch Geheimdienste wurden sie von den politischen Machthabern auf die Zivilbevölkerung angesetzt. Der Terror wurde zum Medium der Machtausübung von national-populistisch agierenden Politcliquen. Den Paramilitärs wurde dabei ein Teil des Kuchens versprochen, der durch die kriegerische Plünderungsökonomie aufzuteilen war. Das Muster glich sich dabei in allen Teilen des zerfallenden Staates. Ehemalige Türsteher und Auftragsmörder wurden zu Kriegshelden, die sich Paläste bauen konnten. Unangetastet sitzen sie dort noch heute. Die »internationale Gemeinschaft« sieht in ihnen nicht selten »Stabilitätsgaranten«.

Boris Kanzleiter

Erfahrungen in Guantanamo

■ **Nizar Sassi, 27, ehemaliger Gefangener:** »Wenn die Verhörspezialisten vermuten, dass ein Gefangener Informationen hat, wenden sie alle Mittel an (...). Sie wissen, wie man Menschen kaputtmacht: kein Schlaf, drei Tage in einem schalldichten Raum mit lauter Musik, Drogen.«

■ **Dary Matthews, 59, Psychiater:** »Ich sollte die psychiatrische Abteilung in Guantanamo bewerten. Die meisten Gefangenen waren depressiv, sie litten unter Persönlichkeitsstörungen und Angstanfällen.«

■ **David Rose, 47, Reporter des *Observer*:** »Die Soldaten dort sind meist schlecht ausgebildete Reservisten. Ihnen wird erzählt, dass sie es mit den gefährlichsten Menschen der Welt zu tun hätten, mit Menschen, denen man nicht mal Zahnbürsten geben dürfe, weil sie damit den Wärtern die Augen ausstechen würden.«

■ **Mahvish Khan, 28, Dolmetscherin:** »Einige Gefangen scheinen verrückt geworden zu sein. Ein Mann rannte vor und zurück wie ein tollwütiges Tier, als ich mit ihm durch die Gitterstäbe seines Käfigs sprechen wollte. Er ist seit fünf Jahren in Einzelhaft.

»Krieg sichert die Weltordnung«

Die Antifaschistische Linke Berlin [ALB] ist eine der größten Antifagruppen, jedoch bleibt ihre politische Praxis nicht auf Anti-Nazi Kampagnen beschränkt. Über Krieg und Frieden sprach der *Antiberliner* mit einem ihrer Mitglieder



Antimilitaristische Praxis der ALB

Kann von einer Antikriegsposition der Antifa gesprochen werden?

Eigentlich müssten wir davon sprechen können, schon im Schwur von Buchenwald war vom Aufbau einer neuen Welt des Friedens die Rede. Doch in den letzten Jahren hat es in der BRD immer wieder Antifas gegeben, die sich etwa für den Irak-Krieg ausgesprochen haben.

Ist das mit dem linken Anspruch vereinbar, den die Antifaszene vor sich herträgt?

Nein, auch nicht, wenn im Namen der Menschenrechte ins Feld gezogen wird. Die propagierte Zivilisation, die gegen die vermeintliche Barbarei ideologisch in Stellung gebracht wird, führt sich doch selbst ad absurdum. Im Irak sollen seit Kriegsbeginn mehr als 50.000 Zivilisten ums Leben gekommen sein. Der Krieg ist dafür verantwortlich, dass zehntausende von Menschen verletzt und verkrüppelt sind, in Flüchtlingslagern leben müssen und jeglicher Existenzgrundlage beraubt wurden. Dies hat gesellschaftliche Nachwirkungen für die nächsten Jahrzehnte.

Zudem stellt auch Folter wie in Abu Ghraib keine Ausnahme dar, sondern hat System. Es wird physisch und psychisch mit den effektivsten Methoden gefoltert. Das Exempel par excellence ist Guantanamo, hier werden die Menschenrechte planmäßig außer Kraft gesetzt. Es gelten also nicht einmal die minimalen Rechtsgrundlagen, auf denen die bürgerlichen Vorstellungen von Zivilisation beruhen. Was unterscheidet diese Zivilisation noch von der so genannten Barbarei!?

Gibt es demnach keinen »gerechten Krieg«?

Tod und Zerstörung sind jedem Krieg innewohnende Eigenschaften. Das sind Aspekte, die wir grundsätzlich nicht befürworten können. Trotzdem ist es natürlich wichtig zu analysieren, welche Interessen hinter der Auseinandersetzung stehen. Denn sicher gab und gibt es auch bewaffnete Kämpfe, die ihre Berechtigung haben. Die wenigen Ausnahmen müssen jedoch nicht im Widerspruch zu einer grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber Kriegen stehen. Von den 43 Kriegen und bewaffneten Konflikten, die allein im letzten Jahr weltweit gezählt wurden, hatten nur die wenigsten die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung als Ziel.

Wie beurteilt ihr die als Friedensmissionen bezeichneten Einsätze der Bundeswehr?

Außenpolitisch sind auch diese Einsätze im Kontext der neuen Weltordnungskriege zu sehen. Seit dem Ende der Blockkonfrontation befinden sich die ökonomisch und militärisch stärksten Staaten der Erde in einem Wettlauf um Macht- und Einflusssphären und um die globalen Ressourcen. Der Dauerzustand Krieg ist dabei zu einem wichtigen Element der neuen Weltordnung geworden. Seine Funktion ist, die sich überall verschärfenden sozialen und politischen Konflikte repressiv zu verwalten. Die Sicherung der Rohstoffgewinnung sowie der Handelswege steht dabei im Vordergrund.

Und innenpolitisch?

Dort wirkt der permanente Kriegszustand vor allem diskursiv. Die Bedrohung von außen konstruiert ein gemeinsames Innen, über alle Klassengrenzen hinweg. Der erstarkende Nationalismus verschleiert die sozialen Konflikte. Außerdem legitimiert die vom »internationalen Terrorismus« ausgehende abstrakte Gefahr die innere Aufrüstung. Dies hat sich deutlich in den letzten Jahren nach dem 11. September gezeigt. Alles in allem hat das permanente Bedrohungsszenario zur Akzeptanz und Durchsetzung von Militarisierung und autoritären Kontrollmechanismen im Inneren aller westlichen Gesellschaften geführt.

Nazikriegsverbrecher

Das Projekt »Operation last chance« versucht noch lebende Nazikriegsverbrecher endlich zur Rechenschaft zu ziehen. Die fünf wichtigsten:

- **Alois Brunner (SYP):** Die rechte Hand von Adolf Eichmann. Verantwortlicher für die Deportation von über 100.000 Juden in KZs. Lebt seit 40 Jahren in Syrien.
- **Dr. Aribert Heim (CL):** Er (Dr. Tod) tötete in den KZs Buchenwald und Mauthausen durch grausame Experimente zahlreiche Häftlinge. Vermutlich befindet er sich in Chile.
- **Ivan Demjanjuk (UA)** Als Aufseher »Iwan der Schreckliche« soll er im KZ Treblinka über 100.000 Juden auf sadistischste Weise ermordet haben. 2004 wurde er in die Ukraine abgeschoben.
- **Sandor Kepiro (HU):** Dieser war 1942 als Gendarmeriehauptmann mutmaßlich an der Ermordung von tausenden Zivilisten in Novi Sad sowie 1944 an Deportationen in Südungarn beteiligt. Seit 10 Jahren soll er in Budapest leben.
- **Erna Wallisch (A):** Heute in Wien lebend, soll sie als Wachperson im KZ in Majdanek am Massenmord an Tausenden beteiligt gewesen sein.

Antikriegsbücher



■ **»Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«** Recherche International e.V. (Hg.): Nach langjährigen Recherchen der Autoren in über dreißig Ländern werden die Folgen des 2. Weltkrieges für den Trikont erstmals aus der Sicht der Betroffenen beschrieben.

■ **»Das Unternehmen Krieg«** Dario Azzellini / Boris Kanzleiter (Hg.): Die zwölf Einzelstudien weisen detailliert nach, wie die Kriegführung in Folge der neoliberalen Durchdringung der Welt privatisiert wird.

■ **»Menschen im Krieg«** Der Antikriegsroman von Marge Piercy beschreibt jüdisches Leben zwischen Auschwitz und Pearl Harbour mit den persönlichen Wünschen, Verlusten und Veränderungen.

■ **»Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion«** Der Autor Herfried Münkler untersucht historische Wandlungsformen des Krieges im Spiegel klassischer und aktueller Kriegstheoretiker – von Machiavelli bis zu Hans Magnus Enzensberger.

»Subkultur findet unter Kontrolle statt«

Das linke Kulturprojekt »Lucha Amada« existiert seit sechs Jahren. Vor allem organisiert es Konzerte und Partys mit Musik aus Lateinamerika, Spanien und dem Baskenland

Wie kommt ihr zu eurem Namen? Was für eine Bedeutung besitzt der Name für euch?

Lucha Amada heißt »geliebter Kampf« (span.) und ist durch ein Wortspiel mit »lucha armada – bewaffneter Kampf« entstanden. Er steht für unsere Sehnsucht nach einem besseren Leben für alle, für die Lust dafür zu kämpfen und die Liebe zur Musik.

Wie sieht euer »geliebter Kampf« in der Praxis aus? Worauf zielt er?

Unser Ausdruck ist hauptsächlich eine Symbiose aus Kultur & Politik. Kämpfen kann und soll auch Spaß machen und so wollen wir unsere Utopie einer herrschaftsfreien Welt auch den Leuten näherbringen. Auch versuchen wir mit unseren Konzerten & Fiestas linke Strukturen zu stärken, sei es durch Soli-Sachen – gern auch in Verbindung mit Info-Veranstaltungen – oder als Multiplikator bei der Mobilisierung zu Aktionen.

Mit Musik die Welt verbessern

Welche Auswirkungen haben die neoliberalen Umstrukturierungsmaßnahmen auf das subkulturelle Leben in Berlin?

Ganz konkret wird natürlich alles teurer. Unkommerziellen Strukturen, die sich den Regeln des Marktes und der Bürokratie verweigern, geht es verstärkt an den Kragen, wie z.B. gerade das Beispiel der »Köpi« zeigt. Die haben Stress wegen einer fehlenden Schankerlaubnis. Ein Ergebnis ist, dass Sub- oder Gegenkultur vermehrt in kontrollierten Bahnen stattfindet. Auf der persönlichen Ebene können wir wegen des wachsenden Zwangs zu Lohnarbeit nicht mehr so viel Zeit in Kulturarbeit stecken. Die Alternative wäre, sich damit selbstständig zu machen, was jedoch häufig eine Kommerzialisierung oder Verteuerung nach sich zieht.

Kultur als politisches Kommunikationsmittel

Der Protest gegen die G8 steht für die deutsche Linke dieses Jahr im Mittelpunkt. Seid ihr auch dabei?

Die Aktivitäten gegen den G8-Gipfel stehen auch bei uns im Mittelpunkt. So haben wir z.B. mit »Avanti« und »Fire and Flames« den Soli-Sampler »Make capitalism history« rausgebracht. Auch bei der Organisierung des »Move Against G8« Festivals am 20. – 22.04. hier in der »Maria« sind wir mit dabei. Zuletzt organisieren wir zum Teil das Kulturprogramm, das Bestandteil der Proteste im Juni selbst sein wird. Die Kampagne »Move Against G8« ist übrigens auf Mitmachen angelegt: einfach die eigenen Konzerte in das Motto einbetten und evtl. sogar einen Soli-Euro drauflegen – denn noch wird dringend Geld benötigt für die Konzerte vor Ort gegen den Gipfel...

◆ mehr Infos: www.move-against-g8.de (.org); www.luchaamada.de

***Was Erna noch so bewegt:* Heute, kalte Platte**



Der Erfinder der Instant-Nudeln ist tot

Der 96 Jahre alte Japaner Momofuku Ando, der Erfinder der Instant-Nudelsuppe, verstarb an einer Herzattacke.
Beigesetzt wurde er in einer Urne mit der Aufschrift "mit heißem Wasser übergießen und drei Minuten ziehen lassen".

